
969/J XXII. GP

Eingelangt am 23.10.2003

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten DDr. Erwin Niederwieser und Genossen
an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend
Aufweichung des LKW-Wochenend- und Feiertagsfahrverbots

Laut Berichten in verschiedenen Medien (z.B. Kurier 3.10.2003) wird derzeit eine neue EU-Richtlinie mit dem Ziel der Harmonisierung der LKW-Wochenendfahrverbote verhandelt.

Derzeit erfolgen Gespräche auf informeller Ebene aber auch formal ist das im März 1998 mit einem Vorschlag der EU-Kommission eröffnete Gesetzgebungsverfahren bereits fortgeschritten: Das EU-Parlament hat im Juli 2002 sein Einverständnis erklärt. Im EU-Verkehrsministerrat hatte es hingegen dazu bisher keine Mehrheit gegeben, da neben Österreich, Deutschland und Frankreich auch Italien Einwände geltend gemacht hat, letzteres soll inzwischen seine Haltung geändert haben.

Befürchtungen, dass die in Österreich geltenden Wochenendfahrverbote zeitlich eingeschränkt würden, erhalten nun neue Nahrung. Ursprünglich hatte die EU-Kommission 1998 vorgeschlagen, dass nur an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen zwischen 7:00 und 22:00 Uhr Fahrverbote zulässig sein sollten. Erst Ende 1999 nach heftigem Widerstand Österreichs, Deutschlands, Italiens und Frankreichs hatte sie ihren Vorschlag abgeschwächt und schon bestehende Fahrverbote weiter gelten lassen. Dennoch kam es damals nicht zu einer mehrheitlichen Zustimmung der Mitgliedsländer. Inzwischen mehren sich bedauerlicherweise auch wieder Stimmen, die überhaupt für eine Beseitigung aller dieser Fahrverbote eintreten

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie folgende

Anfrage

1. Wie ist der aktuelle Stand des Verfahrens zur Erlassung der genannten Richtlinie?
2. Falls derzeit informelle Gespräche stattfinden: In welcher Form bringen Sie bzw. Ihr Ministerium sich in diese Gespräche ein?
3. Welche Mitgliedsstaaten treten
 - a) für eine Beibehaltung der bestehenden Fahrverbote und die Beibehaltung der nationalen Entscheidungsfreiheit in dieser Sache ein,
 - b) welche Staaten sind für eine EU weite Vereinheitlichung der Verbote,

- c) welche zusätzlich für eine Reduzierung sei es hinsichtlich der Zahl der Feiertage oder der Zeitdauer am Wochenende und
- d) welche treten überhaupt für eine Beseitigung aller diesbezüglichen Verbote ein und wollen eine ungehinderte Fahrt für LKW's an 7 Tagen die Woche?